



AFP/03/2016

Abschrift!

Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal
am Dienstag, dem 27.09.2016, 16:00 Uhr,
im Großen Sitzungszimmer des Kreishauses A,
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg**

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:30 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup
Herr stellv. Landrat Heinz-Friedel Bomhoff, 31618 Liebenau als Vorsitzender
Herr KTA Bernd Brieber, 31608 Marklohe
Herr KTA Ernst Brunschön, 31547 Rehburg-Loccum Vertretung für Herrn
KTA Jens Beckmeyer
Herr KTA Werner Cunow, 31608 Marklohe
Herr KTA Henry Koch, 31622 Heemsen
Frau KTA Elisabeth Kurowski, 27333 Schweringe Vertretung für Herrn
KTA Dr. Ralf Weghöft
Herr stellv. Landrat Jürgen Leseberg, 31636 Linsburg
Frau KTA Ute Paczkowski, 31623 Drakenburg
Herr KTA Friedrich Sieling, 31613 Wietzen
Herr KTA Peter Westermann, 31600 Uchte

Verwaltung

Herr Landrat Detlev Kohlmeier,
Herr KOAR Torsten Röttschke,
Frau KOAR Gun Dachs,
Frau KOAR Elvira Podehl,
Frau KOAR Kerstin Schwill-Rudolph,
Herr KAR Gerd Pröstler, als Protokollführer

Zuhörer

1 Person

Presse

Herr Stüben, "Die Harke",

Der Vorsitzende KTA Bomhoff eröffnet um 16:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Gremiums sowie nachstehende Tagesordnung fest:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal vom 08.06.2016
- TOP 2: Neuregelungen der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand (§ 2b UStG)
2016/183
- TOP 3: Übernahme der Schulsozialarbeit an Haupt- und Oberschulen sowie Gesamtschulen durch das Land Niedersachsen ab 01.01.2017; hier: Erforderliche Entscheidungen zur Schulsozialarbeit an anderen Schulen (Förderschulen und BBS)
2016/188
- TOP 4: Frühe Hilfen;
Einsatz einer Familienhebamme und einer Familiengesundheits- und Kinderkrankenpflegerin (FGKP)
2016/158
- TOP 5: Personalstand Kreisstraßenwärter
2016/154
- TOP 6: Nachtragshaushalt für das Jahr 2016;
hier: Personalkosten
2016/187
- TOP 7: Nachtragshaushalt 2016 des Fachdienstes Informationstechnik
2016/185
- TOP 8: 2. Nachtragshaushaltssatzung und 2. Nachtragshaushaltsplan 2016
2016/184

TOP 9: Mitteilungen/Anfragen

TOP 9.1: Erstattung der Aufwendungen an die nach dem Niedersächsischen Aufnahmegesetz herangezogenen Gemeinden für die Aufnahme von ausländischen Flüchtlingen und die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes

TOP 9.2: Sachstandsbericht gemeinsames Rechnungsprüfungsamt

TOP 10: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Der Vorsitzende	Protokollführer	Der Landrat In Vertretung
gez. Bomhoff	gez. Pröstler	gez. Röttschke
Kreistagsabgeordneter	KAR Pröstler	Röttschke



Protokoll zu TOP 1

27.09.2016

**Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses
für Finanzen und Personal vom 08.06.2016**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 1 Enthaltung

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 2

2016/183
27.09.2016

Neuregelungen der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand (§ 2b UStG)

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Landkreis erklärt gegenüber dem Finanzamt Nienburg, dass er § 2 Absatz 3 UStG in der am 31. Dezember 2015 geltenden Fassung für sämtliche nach dem 31. Dezember 2016 und vor dem 01. Januar 2021 ausgeführten Leistungen weiterhin anwendet.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KOAR Dachs erläutert den Umfang der Neuregelung der Umsatzbesteuerung. Nach § 2b UStG sind Erträge, die aufgrund privatrechtlicher Regelungen oder auf öffentlich-rechtlicher Grundlage bei größerer Wettbewerbsverzerrung erzielt werden, ab dem 01.01.2017 umsatzsteuerpflichtig. Entsprechend der Übergangsvorschrift kann die Anwendbarkeit der „alten“ Regelung bis zum 01.01.2021 hinausgezögert werden. Die entsprechende Erklärung muss bis zum 31.12.2016 beim zuständigen Finanzamt abgegeben werden.

KTA Brunschön erschließt sich die Regelung nicht, da von der öffentlichen Hand Steuereinnahmen generiert werden, die abschließend wieder an die öffentliche Hand ausgezahlt werden müssen.

KTA Bomhoff erklärt, dass durch diese Maßnahme die Bürger weiter belastet werden.

KTA Bergmann-Kramer befürwortet den Beschluss. Für die Verwaltung bedeutet die Änderung mehr Arbeit.



Protokoll zu TOP 3

2016/188

27.09.2016

Übernahme der Schulsozialarbeit an Haupt- und Oberschulen sowie Gesamtschulen durch das Land Niedersachsen ab 01.01.2017; hier: Erforderliche Entscheidungen zur Schulsozialarbeit an anderen Schulen (Förderschulen und BBS)

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

An den Berufsbildenden Schulen Nienburg werden über den 01.01.2017 hinaus zwei Stellen für Schulsozialarbeit vorgehalten. Hierzu wird der bei einer der Stellen vorhandene kw-Vermerk gestrichen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit einer Enthaltungen

Beratungsgang:

KOAR Röttschke führt aus, dass die Aufgabe ab dem 01.01.2017 vom Land übernommen wird und an der BBS für ca. 3.000 Schüler ein Sozialarbeiter vorgesehen ist. Durch die Streichung des kw-Vermerks sollen insgesamt drei Sozialarbeiter an der BBS beschäftigt werden. Der Wert der Schulsozialarbeit wird nicht in Frage gestellt, jedoch kann der Landkreis nicht für die Aufgabe des Landes eintreten. An den Förderschulen werden im Schnitt 50 Schüler je Standort unterrichtet.

KTA Westermann erklärt, dass er sich an der Formulierung hinsichtlich der BBS gestört habe. Die Schulsozialarbeit ist überall sinnvoll. Aufgrund der kurzen Laufzeit sollten überall die Stellen erhalten bleiben. Dass die Änderung nicht im Fachausschuss beraten wurde, habe ihn gewundert.

KTA Kurowski ergänzt, dass im Kreisausschuss vereinbart wurde, dass mit den Förderschulen gesprochen wird.

LR Kohlmeier erwidert, dass die Perspektive im Stellenplan in voller Erkenntnis der kw-Vermerke beschlossen wurde. Alle Kreistagsabgeordnete und alle Schulen wissen, dass der Landkreis hier bis Ende 2016 in die Aufgabe eintritt. Das Land hat erklärt, dass es zuständig ist. Die BBS benötigt mehr als eine Stelle, dies wurde im Kreisausschuss vorberaten.

KTA Brunschön begrüßt, dass sich das Land für zuständig erklärt hat. An der BBS gäbe es reichlich Problembereiche. An den Förderschulen wäre eine Schulsozialarbeit sinnvoll, aber die Umsetzung ist durch die abnehmende Schülerzahl und in der Verantwortung für die Finanzen nicht möglich.

LR Kohlmeier fügt hinzu, dass die Schulsozialarbeit sinnvoll ist, nicht aber die Übernahme der Stellen.

KTA Brieber sieht an der BBS zunehmenden Beratungs- und Betreuungsbedarf, das gilt auch für alle anderen Schulen. Es sollte Einfluss auf das Land genommen werden, überall Schulsozialarbeit einzuführen.

KTA Leseberg hält Schulsozialarbeit für sinnvoll, aber der finanzielle Aspekt muss berücksichtigt werden. Auch die Grundschulen müssen berücksichtigt werden.

KTA Bergmann-Kramer stellt fest, dass das Land den Landkreis von der Schulsozialarbeit entbunden hat und diese somit nicht mehr Aufgabe des Landkreises ist.



Protokoll zu TOP 4

2016/158

27.09.2016

**Frühe Hilfen;
Einsatz einer Familienhebamme und einer Familiengesundheits- und Kinder-
krankenpflegerin (FGKP)**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Für die Frühen Hilfen wird zum 01.01.2017 im Fachdienst Frühkindliche Bildung und Teilhabe eine Vollzeitstelle zur jeweils hälftigen Besetzung mit einer Familienhebamme und einer Familiengesundheits- und Kinderkrankenpflegerin (FGKP) bereitgestellt. Hierzu wird bis zur Genehmigung des Stellenplanes 2017 eine Stelle des Stellenpools nach TVÖD Eg. 8 belastet.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KOAR Podehl erläutert den in der Vorlage beschriebenen Stellenbedarf im Bereich Frühe Hilfen.

KTA Bomhoff berichtet, dass in der Jugendhilfeausschusssitzung vom 08.09.2016 die Stellenmehrung bereits befürwortet wurde.



Protokoll zu TOP 5

2016/154

27.09.2016

Personalstand Kreisstraßenwärter

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Einstellung eines zurzeit bis Ende November 2016 befristet bei der Straßenmeisterei Bassum beschäftigten Kreisstraßenwärters zum nächstmöglichen Zeitpunkt am Standort der Meisterei in Vilsen wird, vorbehaltlich eines dann noch zu führenden Vorstellungsgespräches im Hinblick auf die fachliche Eignung, zugestimmt.

Alternativ, bzw. nachrangig hierzu wird der Einstellung einer Nachwuchskraft im Ausbildungsberuf zum Straßenwärter ebenfalls am vorgenannten Standort spätestens zum 01.08.2017 zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KOAR Podehl berichtet, dass sich der Ausschuss für Kreisstraßen am 13.09.2016 bereits mit dem Thema beschäftigt hat.

KTA Westermann und KTA Bergmann-Kramer sehen die Einstellung als zweckmäßigste Lösung.

KTA Sieling informiert, dass bereits Arbeitsleistungen eingekauft werden. Bei der Übernahme des Mitarbeiters würden diese Mittel eingespart.



Protokoll zu TOP 6

2016/187

27.09.2016

Nachtragshaushalt für das Jahr 2016; hier: Personalkosten

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Der Ausschuss für Finanzen und Personal nimmt die Veränderungen der Personalkosten zur Kenntnis.

Beratungsgang:

KTA Brunschön stellt dar, dass die Personaleinsparungen jedoch durch nicht zeitnahe Besetzungen der Stellen entstanden sind. Die Verwaltung hat sich intensiv bemüht, die Situation zu verbessern. Die Bewerber sind jedoch teilweise nicht vorhanden. Er erkundigt sich nach einer Prognose zu den Bewerbungsverfahren.

KOAR Podehl erläutert, dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht besser wird. Die Ausbildungstätigkeit sollte verstärkt werden. In der Vergangenheit konnten jedoch nicht alle Ausbildungsplätze besetzt werden. Teilweise wurden bereits die Anforderungsprofile gelockert, um mehr Bewerber anzusprechen. Der Fachkräftemangel wird sichtbar.

KOAR Röttschke ergänzt, dass sich die Situation durch die Flüchtlingskrise noch verschärft hat.

KTA Leseberg sieht in der Personalgewinnung eine Herausforderung für den Landkreis. Personal müsse auch von außerhalb gewonnen werden. Der Landkreis muss sich als attraktiver Arbeitgeber darstellen.

KOAR Podehl berichtet, dass Mitarbeiter bereits in Schulen, Messen und bei der Bundeswehr für den Landkreis werben. Da teilweise umliegende Kommunen in der Vergangenheit nicht ausgebildet haben, ist die Situation angespannt.



Protokoll zu TOP 7

2016/185
27.09.2016

Nachtragshaushalt 2016 des Fachdienstes Informationstechnik

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Ausschuss für Finanzen und Personal stimmt den Mittelanmeldungen zu.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 8

2016/184

27.09.2016

2. Nachtragshaushaltssatzung und 2. Nachtragshaushaltsplan 2016

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die 2. Nachtragshaushaltssatzung und der 2. Nachtragshaushaltsplan für 2016 werden beschlossen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KOAR Dachs erläutert den Entwurf der zweiten Nachtragssatzung anhand einer Präsentation. Das Ergebnis verschlechtert sich um 6,3 Mio. Euro auf -2,5 Mio. Euro. Es kann sich um weitere 6 Mio. Euro verschlechtern, wenn der Erlass des Innenministeriums vom 03.12.2015 (Hinweis zur Anwendung haushaltsrechtlicher Vorschriften bei Maßnahmen zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen für die Kommunalhaushalte ...) aufgehoben wird. In der mittelfristigen Planung wird mit positiven Ergebnissen gerechnet, daher ist ein Haushaltssicherungskonzept nicht erforderlich. Bei den Investitionen gibt es Anpassungen und bei den Verpflichtungsermächtigungen einen deutlichen Anstieg.

KTA Kurowski fragt nach, warum bei der Berechnung der Kostenerstattung nicht mit 2.000 Flüchtlingen gerechnet wurde, wie in der Sitzung vom Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren berichtet.

KTA Leseberg weist darauf hin, dass die Anzahl der Abgänge aus dem Asylbereich moderat sind.

KOAR Röttschke entgegnet, dass die Personen dann überwiegend im SGB II Rechtskreis sind. Bei der Abrechnung handelt es sich nicht um eine „Spitzabrechnung“, sondern um eine Stichtagsbezogene Abrechnung.

KTA Bergmann-Kramer ist der Auffassung, dass der Erlass im Haushalt berücksichtigt werden muss. Der Geldfluss hat sich durch die geänderte Rechtslage verbessert.

KTA Bomhoff sieht das Land in der Pflicht, die unklare Erlasslage zeitnah zu klären.

KTA Brunschön fasst zusammen, dass das Ergebnis besser ausfallen würde, wenn die Aufwendungen für die Notärzte bereits bei der Haushaltsplanung berücksichtigt worden wären. Für die Kosten im Asylbereich sollte eine Auswertung erstellt werden, um feststellen zu können, ob 10.000 Euro je Person ausreichend sind. Die Verringerung der Liquiditätskredite wird positiv gesehen.

KTA Bergmann-Kramer sieht, dass durch die hohe Summe der Verpflichtungsermächtigungen die Verwaltung handlungsfähig bleibt, wenn der Haushalt 2017 erst im Frühjahr 2017 verabschiedet wird.

KOAR Dachs gibt zu bedenken, dass der neue Kreistag sich erst im November konstituiert. Die 28 neuen Kreistagsmitglieder müssen sich erst einarbeiten. Die Vorgehensweise habe sich bewährt.



Protokoll zu TOP 9.1

27.09.2016

Erstattung der Aufwendungen an die nach dem Niedersächsischen Aufnahme- gesetz herangezogenen Gemeinden für die Aufnahme von ausländischen Flüchtlingen und die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsgang:

KOAR Röttschke erläutert die in der Sitzung des Kreisausschusses vom 15.08.2016 getroffene Entscheidung zur Erhöhung der Verwaltungspauschale auf 520 Euro je berücksichtigungsfähiger Person (siehe Drucksache-Nr. 2016/142). Die Erstattung setze sich aus 120 Euro für Personal- und Sachkosten und 400 Euro für kommunale Integration zusammen. Die Kommunen haben einen durchschnittlichen Kostensatz von ca. 1.500 Euro pro Person errechnet.



Protokoll zu TOP 9.2

27.09.2016

Sachstandsbericht gemeinsames Rechnungsprüfungsamt

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsgang:

KTA Brunschön fragt nach dem Sachstand zu dem gemeinsamen Rechnungsprüfungsamt. Hierzu sollte ein Bericht im nächsten Kreisausschuss erfolgen.

KOAR Röttschke erklärt, dass der Punkt auf die nächste Tagesordnung genommen wird.

Auf Nachfragen von Herrn KTA Brunschön erläutert KOAR Schwill-Rudolph, dass die Zusammenarbeit gut angelaufen ist. Im RPA hat es mehrere Personalwechsel gegeben. Zurzeit ist sogar eine Stelle unbesetzt, da die Bewerber und Bewerberinnen sich bei den Auswahlgesprächen als nicht geeignet präsentierten. Aktuell sind noch ca. 280 Prüfungen offen, hierzu zählen auch Eröffnungsbilanzen. Dies liegt vorrangig daran, dass die Kommunen bisher keine prüffähigen Unterlagen vorgelegt haben.



Protokoll zu TOP 10

27.09.2016

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beratungsgang:

entfällt